

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



**Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
rentamt zu Tharandt.**

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Verkaufspreis bei Einzelabnahme von der Druckerei wöchentlich 20 Pf., monatlich 5 Pf., vierteljährlich 2.10 Pf., durch einen Buchhändler wöchentlich 30 Pf., vierteljährlich 2.40 Pf., bei den deutschen Postämtern wöchentlich 2.40 Pf., ohne Postgebühren. / Die Postämter, Postboten sowie andere Auslieferer und Geschäftsleute nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen der Postdienste der Zeitungen, der Lieferanten oder der Bestellerseinsparungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Aufhebung der Zeitung oder auf Vorkaufung des Bestellscheins. / Derzeit hat der Besteller in den angegebenen Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in vermindertem Umfang oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pf. / Zuschriften sind nicht postfällig zu adressieren, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle. / Kassenscheine sind nicht unterzeichnet. / Druckverrichtung: Berlin C.W. 48.

Intelligenzpreis 1 Pf. für die 6-stellige Hauptstelle oder deren Raum, Lokalpreis 1 Pf., Nebenstellen 1/2 Pf., alle mit 1/2 Pf. Zuschlag. / Zeitungs- und Anzeigenpreise sind mit 50% Zuschlag. / Bei Wiederholung und Jahresbestellungen entsprechende Nachlässe. / Zeitungsabgaben im amtlichen Teil nur von Zeitungen die 50 Pf. bei. / Anzeigenpreise und Anzeigenpreise 20 bis 30 Pf. / Zeitungspreise 1 Pf. bis 1/2 Pf. / Die Anzeigenpreise sind für die Anzeigensätze die 11 Uhr vormittags. / Anzeigensätze das Zeitungsblatt 5 Pf. / Die Postämter sind. / Für das Gebotnis der Anzeigen in bestimmten Tagen und Nächten wird keine Gewähr geleistet. / Seite 15 bis 17. / Anzeigen ohne Inhalt. / Die Anzeigen und Anzeigensätze haben nur bei Besorgung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längerer Zeit, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verbleiben. / Anzeigen bezeichnen die Druckerei des Zeitungsverkaufs. / Sofern nicht früher ausdrücklich als Anzeigensätze für die Druckerei reserviert ist, gilt es als reserviert durch Anzeigensätze. / Nicht der Empfänger innerhalb 2 Tagen, wenn Nachzahlung en, die Anzeigensätze erhalten.

für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das
sowie für das Forst- Amtsgeschäft und den Stadtrat zu Wilsdruff
Gernspracher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 299.

Dienstag den 24. Dezember 1918.

77. Jahrg.

Einverständnis zwischen der Heeresleitung und der Regierung.

Empor!

Darf man in diesen Zeiten des Völkerverfalls, bitterster Parteikämpfe, wieder etwas von — bitte nicht zu erschrecken! — von Liebe sprechen? Nur ein ganz klein wenig und ohne jede Verbindlichkeit?

Das Weihnachtsfest, das deutsche Familienfest, die Weihnacht, das wir besitzen, steht vor der Tür. Der Friede — auch er wird uns angekündigt, endlich, endlich, nach vier langen, schreckensvollen Kriegswintern soll er wieder bei uns einkehren und seine Segnungen, die wir noch niemals so tief, so heiß, so inbrünstig erkannt haben wie jetzt, über unser armes Land ausbreiten. Aber das Gesicht, das er uns zeigt, trägt keine engelhaften Bilde. Es ist ein Frieden der Entente, der uns bevorsteht — und das sagt genug. Ein Frieden der Gewalt nicht nur, sondern fortgesetzter Vergewaltigung, ein Frieden der Rechtslosigkeit und der Verflüchtung, der Schuldnestschuld und der Niedertracht; ein Frieden, der den Mut zum Leben nimmt, statt ihn wieder neu zu entfachen und zu fördern. Aber wir wollen weiterleben, wir wollen nicht untergehen. Nicht als Einzelner, nicht als Volk. Je deutlicher der brutale Vernichtungswille unserer Feinde offenbar wird, desto entschlossener müssen wir uns gegen ihn zur Wehr legen. Und da gibt es kein anderes, kein besseres Hilfsmittel als — die Liebe. Die Liebe zu uns selbst und untern Kindern, zu unsem Land und Volk. Wir sollen in den Abgrund der Hölle verdammt werden, weil der Weltkrieg durch unsere Schuld verursacht worden sei. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit trägt diese Schuld nicht und ob das Maß der Verschuldung haben oder darüber größer ist, kann heute nicht gemessen werden. Wir werden der Wahrheit heute und morgen nicht zum Siege verhelfen können, weil diejenigen, die es angeht, von ihr nichts wissen wollen. Ziehen wir uns statt dessen, statt unsere Kraft der Abwehr in unfruchtbaren Überzeugungs- oder Rechtfertigungsversuchen zu versetzen, lieber auf uns selbst zurück, auf die Sammlung unserer Gedanken und Empfindungen um Weis und Kind, um Haus und Hof, um Volk und Reich. Erfassen wir mit dem ewigen Grundgefühl der Liebe das Nächste und die Nächsten, die uns geliebt sind: das ist der einzige Weg, der uns aus dem tiefen Elend, in das wir hineingeführt sind, wieder emporzuführen kann zu Licht und Luft.

In viele Häuser und Hütten ist mit den Vätern aus dem Felde wenigstens ein Schimmer von Freude wieder eingekehrt. Der Vater kann seine Kinder wieder berücken und führen, der junge Ehemann seiner Frau wieder die Hauptlasten des Lebens abnehmen. Das ist schon immerhin etwas, ein Anfang zu neuem Leben, zu neuem Schaffen. Doch auch durch die Verwirrung, in der sich die inneren Verhältnisse noch befinden, nicht beireuen. Ihr seid Männer der Tat und nicht des Schwärmens. Ihr habt gelernt euch umzusehen und die Dinge zu erkunden, um dann mit rationalem Entschluß und feiner Faust zu packen, wo und wie die Lage es gebot. So werdet ihr auch jetzt in der Heimat euch von Nichtstunern und Friedensrednern nicht einfangen lassen. Wir alle wollen sie wieder mahnen und friedvoll gelassen, wollen sie zu einem weiteren Schaudach ausbauen, unter dem uns vor neuen Stürmen im Völkerverfall nicht zu hängen braucht. Wer es gut meint mit sich und seinem Volk, weiß worauf allein es jetzt ankommen kann: durch ruhige, stille, aber um so zielbewusstere Arbeit Bausteine heranzuschaffen für das neue Deutschland, das auf den Trümmern des alten Reiches stehen soll. Wir haben uns durch Niederlage und Revolution nicht in Einzelatome aufgelöst, wir wollen zusammenbleiben in Familie und Gemeinde, in Staat und Reich. Ihnen allen heißt es aber jetzt neue Kräfte zuzuführen nach dem fürchtbaren Überfall, der sie getroffen hat. Das Gemeinschaftsgefühl können wir mit dem Stimmzettel in der Hand am 19. Januar betätigen: ein Volk soll aus den ungezählten Wahlurnen emporsteigen, immer noch größer und lebendiger, als unsere Feinde es sich denken mögen, immer noch stark und hoffnungsfreudig genug, um auf ihm und mit ihm eine neue Zukunft zu errichten. Vor allem aber soll und wird sich unser Wille zum Leben in der Arbeit ausdrücken. Nach die Liebe zur Arbeit hat sich das deutsche Volk aus diesem Zusammenbruch heranzugerettet, und es wird sie nicht aus Herz und Sinn retten lassen. Über die Irrungen und Warrungen dieser Tage hinweg bleibt uns die unzerstörbare Hoffnung auf den gesunden Sinn des deutschen Volkes. Er hat draußen im Felde standgehalten bis zum letzten Augenblick und ist unbeeinträchtigt nach Hause zurückgekehrt. Er wird jetzt auch den Witzwort nicht übermächtig werden lassen, er wird nicht untergehen wollen, sondern erhalten, was gut, und fortentwickeln helfen, was verbesserungswürdig ist. Vor allem aber wird er seine Hände regen, um deutschen Fleiß, deutsche Tätigkeit und deutschen Ordnungssinn wieder zu Ehren zu bringen. So werden wir den Haß überwinden.

Ein bisschen Liebe, richtig verstanden und richtig angewendet — und das deutsche Volk wird aus dunkler Nacht wieder aufsteigen zu Helligkeit und Glückseligkeit.

Von der neuen Reichsverfassung.

Ein Präsident an der Spitze.

Im Staatssekretariat des Innern haben kürzlich unter Einwirkung hervortretender Staatsrechtler eingehende Beratungen über die künftige Verfassung des Reiches stattgefunden, die schon zu einem gewissen Abschluß gelangt sind.

In die Spitze der Reichsregierung tritt ein gewählter Präsident, dessen amtliche Befugnisse nach der verfassungsrechtlichen Seite hin ungefähr in der Mitte liegen sollen zwischen den Rechten, die verfassungsmäßig dem Präsidenten der Vereinigten Staaten einerseits und dem König von England andererseits zustehen. Dieser Präsident wird sich dann sein Kabinett nach streng parlamentarischen Grundätzen selbst zusammensetzen, in bewusster Abweichung also von amerikanischen Vorbildern. Daneben wird nach dem Muster des deutschen Bundesrates, wie er unter dem alten Regime bestand und auch jetzt noch amtiert, ein Staatenhaus aus Bevollmächtigten der verschiedenen Bundesrepubliken gebildet werden, das ungefähr dem amerikanischen Senat entsprechen dürfte, und das, entgegen den Befugnissen des Bundesrates, weniger ein Organ der Verwaltung als der Gesetzgebung bilden wird.

15 deutsche Bundesrepubliken.

Die Reichsregierung soll streng zentralisiert werden, mehr als es früher der Fall war. Dabei aber soll die Zentralisation nicht soweit getrieben werden, daß etwa die Selbständigkeit der einzelnen Bundesrepubliken aufgehoben wird. Gewisse kulturelle, wirtschaftliche und soziale Gebiete werden deren Verwaltung reserviert, andere dagegen, wie Eisenbahnen, Heereswesen, Postwesen, Postwesen, Steuerwesen usw. sollen der Reichsverwaltung zugehen. Wieviel Bundesrepubliken gebildet werden sollen, steht noch nicht fest. Man glaubt aber, daß man ungefähr auf 14 bis 15 deutsche Bundesrepubliken zählen kann.

Italiens Verräterpolitik.

Die Trinksprüche in Frankreich.

Der König von Italien weist augenblicklich zum Besuch Poincarés in Paris und wird dort hoch gefeiert. Dabei wird nun auch, was schon längst kein Geheimnis mehr war, die verräterische Politik Italiens offiziell zugegeben.

In seinem Trinkbruch gedachte Poincaré der italienischen Politik, die schon 1902 sich endgültig vom Dreieck abgewandt und Frankreich die Versicherung gegeben habe, daß Italien an keinem Angriffe auf Frankreich teilnehmen werde; dies Wort habe Italien gehalten und es damit der französischen Regierung ermöglicht, seine besonders tüchtigen Alptruppen gleich beim Anfang des Krieges an die deutsche Front zu werfen.

Die nunmehrige Größe Italiens, fuhr Poincaré fort, sei großenteils dem unmittelbaren persönlichen Eingreifen des Königs zu danken, welcher die alten politischen Verbindungen Italiens aufgelöst und Frankreich und Italien, die durch Abstammung und Kultur zueinander gehörten, auch durch Waffenbrüderlichkeit für immer verbunden hätte; Verbündete im Krieg, würden sie auch im Frieden verbündet bleiben durch ihre Gefühle wie aus Überzeugung.

Garantien gegen künftige Kriege.

Präsident Wilson hat sich einem Verleumdungsstatter gegenüber in bezug auf die kommende Friedenskonferenz geäußert und sagte u. a.:

„Ich denke, daß die Völker aller Länder jetzt mit bangen Erwartungen nach Versailles blicken, und ich bin sicher, daß sie sich alle die eine Frage stellen werden, ob auch genügend Weisheit und Einseitigkeit des Willens bei den dort versammelten Staatsmännern sein wird, um Garantien gegen künftige Kriege zu schaffen. Die Schwierigkeiten der Verantwortung, die oft sehr drückend ist, und die durch den erfolgreichen Ausgang des großen Krieges geschaffen wurde, müssen selbstredend von den großen Nationen der Welt auch zusammen geteilt werden.“

Weiter sagte Wilson: „Deshalb besuche ich jetzt die alliierten Länder und verlasse dort durch persönliche Kontakte, soviel ich nur kann, über die allgemeinen Ansichten zu erfahren bezüglich aller Fragen, worauf ich interessiert bin. Mein erster Wunsch war selbstverständlich, das amerikanische Meer zu besuchen. Ich bin auch sehr begierig, Italien zu besuchen, das Land, aus dem so viele meiner guten Bürger gekommen sind.“

Antrag auf Verankerung der deutschen Flotte.

Allzu groß scheint die Einigkeit bei der Entente auch nicht zu sein. So sollen die amerikanischen Friedensdelegierten beschlossen haben, die Verankerung der ausgelesenen deutschen Kriegsschiffe zu fordern. Die amerikanischen Delegierten erklären, daß durch die Verankerung im Reich und Wilmung unter den Alliierten vermiehen werden und daß Wilsons Erklärung, daß der Krieg keine Verletzung des Eigentums begreift, hierdurch kräftig unterstützt werde. „Ausdrücklich hat England bereits ausstimmt.

aber man erwartet, daß einige Seemächte zweiten und dritten Ranges die Verteilung dieser Schiffe fordern werden.

Verbot der deutschen Sprache im Reichsland.

Der „Temps“ erzählt aus unterrichteten Kreisen, der Bischof von Straßburg habe an den Papst geschrieben, um ihn zu bitten, bei der französischen Regierung dafür einzutreten, daß dem Merks der Gebrauch der deutschen Sprache weiter gestattet werde, da diese unentbehrlich sei. Der „Temps“ macht dazu die Bemerkung, es handle sich um den deutschen Bischof Dr. Frieys, der an den Feierlichkeiten zu Ehren der einziehenden französischen Truppen nicht teilgenommen habe.

Hindenburg und das Offizierkorps.

Untergrabung der Autorität aus fleimlicher Rache.

Rasfel, 21. Dezember.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat aus dem Großen Hauptquartier einen Aufruf erlassen. Er blüht darin auf die gewaltigen Kriegseinstellungen des zur Wehrhaftigkeit erzogenen deutschen Volkes in Waffen zurück, das nicht vor einer Welt von Feinden zusammengebrochen sei, hierzu befähigt durch das heilige Feuer der Vaterlandsliebe, den Willen zum Siege und den Geist der Treue. Das deutsche Heer sei dahin, zerstückt und aufgelöst, obwohl bis zuletzt gefürchtet und geachtet von den Feinden. Den Offizieren, hoch und niedrig, komme als Erzieher und Führern des Volksheeres ein unbestreitbar hoher Anteil an dem Ruhme zu, und es sei fleimliche Rache, ihnen Wscheiden und Waffen abzusprechen, sie als unfähig der Befehlsgewalt zu erklären. Die Bestimmung der nationalen Kraft des deutschen Volkes von Grund auf sei die Absicht jener vernünftigen und arbeitenden Geister, die am Werke seien, um die Neugestaltung des Reiches auf gesunder politischer und wirtschaftlicher Grundlage zu bemerken. Trotz der wunderliche Krankheitserscheinungen vereinzelter Fälle von Selbstmord, Eitelkeit und Unwahrscheinlichkeit fehre das deutsche Offizierkorps gesund und stark aus dem Kriege zurück. Das deutsche Offizierkorps sei ferngesund, seine Lebensaufgabe das Wohl der Heimatheit, die Ehre des deutschen Namens und darum habe es sich auch in den Dienst der neuen Regierung gestellt, um den Zusammenbruch unferer nationalen und wirtschaftlichen Daseins zu verhindern. Dabei muß es aber erbittert, wenn in fleimlicher Rache die Autorität im Heere untergraben wird. Alle jene aber, die sich als Schmarotzer im deutschen Offizierkorps gezeigt, sollten und müßten abgeschüttelt werden.

Was du ererbt von deinen Vätern!

Der Aufruf Hindenburgs schließt: Wenn ich als Oberbefehlshaber des deutschen Heeres am Ende meiner militärischen Laufbahn die Stimme erhebe für meine Kameraden und Untergebenen, meine treuesten Stützen in Kampf und Not, so möge man darin auch ein heiliges Vermächtnis aus der Vergangenheit entnehmen für eine neue Zeit, für eine glückliche Zukunft unseres Volkes, für die Einheit der deutschen Stämme mit der alten Wahrung: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Nach dem Rätekongress.

Kritische Stimmen.

11. Berlin, 21. Dezember.

Wenn man die Verhandlungen des Rätekongresses, des ersten republikanischen Parlaments, überblickt, so heben sich vier Punkte von besonderer Wichtigkeit heraus: der durch die Revolution geschaffene Zustand, daß wir keine Armee mehr haben, trotz unserer vielen Soldaten, ist durch den Beschluß betreffend die Kommandogewalt fest verankert worden. Was der Beschluß sagen will, drückt sich in dem alten Wort „Wehrlos — ehrlos“ aus. Deutschlands Recht und Macht, noch vor wenigen Wochen in aller Welt bewundert, genießt kein Ansehen mehr. Die Vorgänge in Ost und West zeigen es aus deutlichste. Mit reiner Freude wird der Beschluß der Übertragung der Kommandogewalt an die USA nur in der sozialistischen Presse begrüßt. Die bürgerliche Presse aber fürchtet von der Neuordnung die Aufrechterhaltung des wehrlosen Zustandes Deutschlands und alle seine bereits drohenden Folgen.

Auch die vom Kongress beschlossene Sozialisierung begegnet in der bürgerlichen Presse abfälliger Kritik. Sicher ist anzunehmen, daß mit der Sozialisierung nicht Haß über Kopf begonnen werden soll. Aber von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß die konsequente Sozialisierung zum Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft führen muß. Die der Landwirtschaft nabestehende Presse wehrt sich gegen die Sozialisierung, weil sie sich nur auf die Großbetriebe, nicht auf die kleineren erstrecken soll. Andererseits ist die linksradikale Presse nicht mit der langamen Sozialisierung, wie sie der Kongress ausgeht hat, einverstanden, weil sie in der sofortigen durchgreifenden Aufhebung des Privateigentums